

Auer Tageblatt und Anzeiger für das Erzgebirge.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Kuhnke.
Druck u. Verlag: Auer Druck- u. Verlagsanstalt m. b. H., Auer, Sangerhausen - Markt 11.
Eingel. Anzeigergeb. 11.
Fernspr. Ansb. Nr. 27.

Abgabepreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 3.50 Mk. Bei der Geschäftsstelle abheben monatlich 3.40 Mk. Bei der Post bestellt und nicht abgeholt vierteljährlich 10.50 Mk., monatlich 3.50 Mk. Durch den Briefträger frei ins Haus vierteljährlich 11.40 Mk., monatlich 3.50 Mk. Erscheint täglich in den Nachmittagsstunden mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen. Unsere Zeitungsträger und Anzeigerstellen, sowie alle Postanstalten und Briefträger nehmen Bestellungen entgegen.

Anzeigenpreise: Die Nebenseiten der Zeitungsblätter oder deren Raum für Anzeigen aus Auer und dem Bezirk Sangerhausen 20 Pfg., auswärtige Anzeigen 25 Pfg., Reklametexte für Auer und den Bezirk Sangerhausen 240 Pfg., sonst 250 Pfg. Bei größeren Abhängigkeiten entsprechende Rabatte. Anzeigen nehmen die Zeitungsblätter nur dann, wenn die Aufgabe der Anzeigen durch Fernsprecher erfolgt oder das Manuskript nicht deutlich lesbar ist.

Nr. 111

Montag, den 17. Mai 1920

15. Jahrgang

Das Neueste vom Tage.

Das Reichskabinett hat einem der Spaer-Konferenz von Deutschland zu unterbreitenden Vorschlag zugestimmt, eine einmalige 100 Milliarden Mark nicht überschreitende Entschädigung an die Entente zu zahlen.

Stohd George und Millerand haben sich in Sythe dahin geeinigt, die Konferenz von Spa bis nach den deutschen Reichstagswahlen zu verschieben.

Das Daily Mail soll vor der Konferenz von Spa noch einmal eine Vorkonferenz in Paris stattfinden.

Der amerikanische Senat hat am Sonntag der Friedensresolution der Republikaner zugestimmt.

Der demokratische Gedanke und die Koalitionsregierung.

Von E. Lüdde, Mitglied der Nationalversammlung.

Demokratie bedeutet Selbstregierung des Volkes, nicht einem formalen Prinzip zuliebe, sondern um des sachlichen Inhalts willen. Die gesamten Interessen des Volkes und aller seiner Stände sollen zur Geltung kommen; die Selbstregierung soll die Möglichkeit gewähren, sie gleichmäßig nebeneinander zu vertreten und unter einem möglichst starken Schutze der Gemeinschaft zu stellen. Demokratie bedeutet auch Regierung nach dem Mehrheitswillen des in voller Freiheit befragten und durch seine gewählten Vertreter handelnden Volkes. In der Demokratie muß sich die Minderheit der Mehrheit unterwerfen, nicht weil die Mehrheit Recht und die Minderheit Unrecht hätte, sondern weil auf anderem Weg eine friedliche Entscheidung von Streitfragen nicht möglich ist. So hart die Unterwerfung unter den Mehrheitswillen oft einer Minderheit ankommen mag, sie hat die Möglichkeit, auf friedlichem Wege zur Mehrheit zu werden, und sie muß sich damit bescheiden. Die Herrschaft für eine Minderheit fordern, heißt die Demokratie verleugnen.

Die Demokratie erfordert die Bildung großer geschlossener Parteien. Wenn möglich, soll die Regierung von einer einheitlichen Partei, die die unvermeidlichen Meinungsverschiedenheiten verschiedener Richtungen in ihrem eigenen Schoße ausgeglichen hat getragen werden, so daß ein einheitlicher Wille die Regierung beherrscht. Politisches Schwanken und fortwährendes Kavieren ist nur zu leicht das Ergebnis, wenn verschiedene Parteien sich zur Bildung einer Regierung vereinigen und diese genötigt ist, auf einander widerstrebende Willensrichtungen Rücksicht zu nehmen. Koalitionsregierung ist also nur ein Notbehelf. Aber dieser Notbehelf kann das zwingende Gebot einer politischen Lage, die einzige Rettung aus sonst unüberwindlichen Gefahren sein. Aus den Wahlen zur Nationalversammlung im Januar v. J. war keine geschlossene Mehrheitspartei hervorgegangen. Es ergab sich die Notwendigkeit, verschiedene Parteien zur Bildung einer Regierungsmehrheit zusammenzufassen, also die Notwendigkeit einer Koalitionspolitik. Sollte die Koalitionspolitik nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sein, so mußte sie von einem einheitlichen Gedanken getragen werden. Es gab zwei große Gegensätze, die die Versammlung beherrschten und nach denen man die Parteien gruppieren konnte. Das eine war der Gegensatz zwischen einem konsequent durchgeführten Sozialismus und der individualistischen, privatwirtschaftlichen Auffassung der bürgerlichen Parteien. Das andere der Gegensatz zwischen der Durchführung der Demokratie auf dem Boden, den der Zusammenbruch vom November 1918 geschaffen hatte und allen Bestrebungen, die entweder die Konsequenzen aus dieser Umwälzung nicht ziehen wollten, oder darüber hinaus unter Verletzung demokratischer Grundsätze auf die Herrschaft einer Minderheit hinauszuliegen. Man hätte versuchen können, eine rein sozialistische Regierung, wie sie aus den Revolutionstagen hervorgegangen war, beizubehalten und es darauf ankommen zu lassen, ob die Minderheit, die zunächst diese Regierung fragen mußte, unter der Nachwirkung der Revolution nicht soviel Anziehungskraft oder Tuldung in den Reihen der bürgerlichen Parteien gefunden hätte, um sich längere Zeit behaupten zu können. Man hätte auch versuchen können eine Regierung auf die in der Nationalversammlung zweifellos vorhandene Mehrheit der bürgerlichen Parteien zu stützen. Keine dieser beiden Möglichkeiten ist ernstlich erwogen worden, denn es lag klar vor aller Augen, daß beide Versuche sehr bald an inneren Widersprüchen und an äußerer Gegnerschaft hätten scheitern müssen. Beide hätten direkt in den Abgrund geführt.

Der Gegensatz zwischen den Forderungen des Sozialismus und der Auffassung der bürgerlichen Parteien trat an Bedeutung offenbar weit zurück hinter der Ausgabe des Tages, die neue Demokratie im Geiste der demokratischen Gedanken auszubauen und sie gegen den Rückfall in alte Herrschaftsansprüche einerseits gegen revolutionären Terrorismus andererseits zu schützen. So entstand die Koalition der heutigen drei Mehrheitsparteien, der Sozialdemokraten, des Zentrums

und der Demokraten. Sie hat die Verfassung geschaffen, sie ist unter unendlichen Schwierigkeiten der immer wieder auftretenden Gefahr vollkommener Anarchie anheimgeworfen, Herr geworden, sie hat die Aufstandsvorläufer von rechts und links niedergeworfen. Sie hat trotz alles dessen, was man im einzelnen, besonders an ihren wirtschaftlichen Maßnahmen, tadeln mag, doch die Grundlagen für den Wiederaufbau der Reichsfinanz und des deutschen Wirtschaftskörpers gelegt. Hat sie nun ihre Arbeit getan und kann sie abtreten? Muß etwas anderes an die Stelle der Koalition treten? Im Gegenteil! Wie auch die Wahlen zum Reichstag ausfallen mögen, eine Koalitionsbildung und eine Koalitionspolitik, die im wesentlichen die Arbeit der letzten anderthalb Jahre fortsetzt, wird angesichts der Aufgaben und Schwierigkeiten, die vor uns liegen, nötiger sein als je. Die größte Aufgabe, die unserer Partei, ist nicht eine politische, sondern eine wirtschaftliche. Es handelt sich darum, das Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe im deutschen Wirtschaftskörper wieder herzustellen. Das wichtigste ist die Steigerung der Arbeitsleistung. Dazu bedarf es des willigen Zusammenwirkens aller Berufsstände, der bürgerlichen und der sozialistischen Kreise, vor allem der Arbeiter und Bauern. Mit keinerlei Gewaltmaßnahmen kann man die Steigerung der Arbeitsleistung erzielen. Man braucht den guten Willen aller Beteiligten, und den wird man nicht im parteipolitischen Kampfe, sondern nur durch stille Verständigung, wenn die Erkenntnis des furchtbaren Ernstes der Lage allgemein wird, erreichen können. Sollten die Wahlen eine Verschiebung nach rechts bringen, die zu dem Versuch verleiten könnte, eine bürgerliche Koalitionsregierung gegen die Sozialisten zu bilden, so ist ganz klar, daß eine solche Regierung niemals den guten Willen der Arbeiterschaft werden könnte. Das Experiment eines bürgerlichen wie das eines sozialistischen Blocks müßte unfehlbar in den Abgrund führen. Diese Erwägung ist so einleuchtend, daß daraus die zwingende Notwendigkeit für die Fortführung einer Koalitionspolitik sich ergibt. Ob die Koalitionsbasis nach rechts oder links verbreitert werden muß, darüber legt zu diskutieren, ist ganz mäßig. Es ist jetzt alles daran zu legen, daß die Parteien, die bisher die Träger der Koalitionspolitik waren, ungehindert und mit gestärkter Autorität aus den Wahlen hervorgehen.

Die Ernährungskonferenz.

Freigabe der Sülfenfrüchte.

Im Reichstag fand unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Dr. Hermes eine Beratung der Ernährungsminister der Länder über die zukünftige Getreide-, Kartoffel- und Fleischbewirtschaftung statt. Grundgedanke stimmte die Versammlung den Auskehrungen des Reichsernährungsministers zu, daß mit allen Kräften dahin gestrebt werden müsse, die Zwangswirtschaft sobald als möglich überflüssig zu machen, und daß der beste Weg hierzu eine tatkräftige Förderung der Landwirtschaft sei. Hinsichtlich der Getreidebewirtschaftung wurde der Entwurf einer Reichsgetreideordnung für die Ernte 1920 vorgelegt. Dieser hält für Brotgetreide an dem bisherigen Bewirtschaftungssystem fest, weil mit Rücksicht auf die Sicherung der Volksernährung eine Lockerung des Zwangswirtschaftens in diesem Jahre noch nicht möglich erscheint. Ferner wird der Kaiser wieder in die Zwangsbewirtschaftung einbezogen. Tagungen sollen Sülfenfrüchte vollständig freigegeben werden. Die Versammlung stimmte diesem Entwurf im wesentlichen zu, mit Ausnahme des Vertreters einer Regierung, der für das Umlagesystem eintrat.

Für die Kartoffelbewirtschaftung wurde ein vom Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft zusammen mit dem Großhandel und dem Deutschen Städtetag ausgearbeiteter Plan vorgelegt. Dieser Plan dessen ursprüngliche Gestalt im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft mit Rücksicht auf die Sicherung der Volksernährung wesentliche Änderungen erfahren hatte, bezweckt die Ersetzung der Zwangswirtschaft durch ein System von Lieferungsverträgen, und zwar soll auf die Zwangswirtschaft verzichtet werden, wenn die Landwirtschaft auf diesem Wege bis zum 1. August 120 Millionen Zentner zur Sicherstellung des Bedarfs der versorgungsberechtigten Bevölkerung zur Verfügung stellt. Dieser Plan fand in der Versammlung geteilte Aufnahme. Es besteht jedoch begründete Hoffnung, daß auf diesem Gebiet entsprechend den gemeinsamen Wünschen der Landwirtschaft und des deutschen Städtetages durch das vorgeschlagene System, eine Milderung der Zwangswirtschaft schon in diesem Jahre herbeigeführt werden kann. Hinsichtlich der Fleischbewirtschaftung erklärte sich die Versammlung mit der vorgeschlagenen Erhöhung der Viehpreise einverstanden, die dringend notwendig ist, um die Preise für das abgelieferte Vieh mit den Produktionskosten im Einklang zu bringen.

Die holländischen Lebensmittellieferungen.

Eine amtliche Meldung.

In der am 31. März im Haag abgeschlossenen Uebereinkunft zu der nunmehr auch die holländische Regierung ihre Zustimmung erteilt hat, ist bestimmt,

daß Holland an die deutsche Regierung 5000 Tonnen Weizen im Werte von 1 570 000 Gulden, 5400 Tonnen Fleisch im Werte von 6 750 000 Gulden verkauft. Deutschland erklärt sich bereit, Nordsee- und Südbeeferinge im Werte von 3 500 000 Gulden, Milch- und Milchprodukte im Werte von 6 Millionen Gulden, Kofol-fischen im Werte von 2 600 000 Gulden, Käse im Werte von 8 Millionen Gulden und Wärmelade im Werte von 1 Million Gulden zu kaufen. Zum Ankauf von Lebensmitteln niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs nach Wahl der deutschen Regierung stellt die holländische Regierung die Summe von 30 520 000 Gulden zur Verfügung. Auf diesen Kredit wurde von der holländischen Regierung ein Vorschuß von 25 Millionen Gulden gewährt. Aus diesem Vorschuß waren zu kaufen: Getreide (5000 Tonnen), Fleisch, Nord- und Südbeeferinge, Milch- und Milchprodukte, Kofol-fischen und Käse. Zur Beschaffung weiterer Lebensmittel niederländischen oder niederländisch-indischen Ursprungs wurden 8 120 000 Gulden zur Verfügung gestellt. Die Lieferungen sind bereits im Gange.

Neue kommunistische Putschabsichten.

Eine geheime Konferenz. — Die Regierung über die Umsturzpläne unterrichtet. — Ein Putsch in Sangerhausen.

Wie die P. P. N. an zuverlässiger Stelle erfahren hat, die preussische Regierung Kenntnis erhalten von einer geheimen kommunistischen Konferenz die am 26. und 27. April in Berlin, Neufuß 11 stattfanden hat. Diese Konferenz hat sich einstimmig dafür entschieden, ohne Rücksicht auf die Wahlen den Versuch zur gewalttätigen Errichtung einer deutschen Räterepublik sobald wie möglich zu unternehmen, um der im Gange befindlichen Entwaffnungskommission zuvorzukommen. Für die Gewinnung der Landbevölkerung und der Beamten sowie für die Durchführung der Bewegung wurden besondere Pläne ausgearbeitet. Die Leitung des großartigen Putsches soll in den Händen eines Führer-rates liegen, in den Schnellbacher (Hanau), Hermann, Fröhlich, Dr. Ernst Meher und Walcher (Stuttgart) gewählt wurden. In die neuen Räteregierungen sollen Mehrheitssozialisten unter keinen Umständen, Unabhängige möglichst wenig aufgenommen werden. Gegen die bürgerlichen Parteien und die Sozialdemokratie soll durch Verhaftungen und Verweigerung der Lebensmittel ein harter Terror ausgeübt werden. Der genaue Termin der Aktion soll erst nach weiteren Verhandlungen mit Moskau festgesetzt werden. Die Regierung, die über die Pläne der Kommunisten genau unterrichtet ist, glaubt von einem Einschreiten vorläufig absehen zu können, wird aber die Bewegung auch weiterhin genau überwachen, und wenn die Putschpläne weiter verfolgt werden, rücksichtslos eingreifen.

Putsch in Sangerhausen.

In Sangerhausen (Prov. Sachsen) hält ein Putsch die Bevölkerung in großer Aufregung. In den Morgenstunden des Sonnabend ließen an allen Ecken der Stadt Plakate mit der Bekanntmachung, daß die Regierung gestürzt und in die Hände linkeradikaler übergegangen sei. Alle Waffen und Munition seien bis zum Nachmittag auf dem Rathaus abzuliefern. Die Plakate, Pländerung und Wucher würden mit dem Tode bestraft. Die ganze Stadt war von Bewaffneten besetzt. Ein Aktionsausschuß hatte das Rathaus besetzt und von der Post 300 000 M. und von einer Privatbank 200 000 mit Waffengewalt abgeholt. In den umliegenden Städten herrschte Ruhe. — Eine weitere Meldung besagt: Der Putsch fand im Anschluß an eine kommunistischen Versammlung statt. Mehr als eine halbe Million Mark fiel den Kommunisten in die Hände. Aus zahlreichen Geschäften nahmen sie große Mengen Kleiderstoffe, Schuhwaren, Nigarren und Swaren und besaßen damit requirierte Autos. Ein Aufruf an die Bevölkerung, den das Exekutivkomitee erließ, war unterzeichnet mit H. H. (Der Balkensteiner Rüberhauptmann H. H., dessen Name hier annehmend fälschlich als Unterschrift benutzt worden ist, befindet sich scheinlich in Böhmen in Haft. Die Red.) und forderte zur Ruhe und Arbeit auf. Post, Telegraphen, und Fernsprekamt waren von jedem Verkehr abgeschnitten. Gegenwärtig herrscht in Sangerhausen wie der Ruhe. Die Polizei nimmt Verhaftungen bei Sangerhausener Kommunisten vor.

Sangerhausen, eine Stadt von etwa 18 000 Einwohnern, gehört zu dem mitteldeutschen Unruhebezirk, der bereits im März vergangenen und im März dieses Jahres, nach dem Rapp-Putsch, zu schweren Besorgnissen Anlaß gab. Die Stadt ist, abgesehen von ihrer Eisen- und Braunkohlenindustrie, wichtig als Mittelpunkt der Kalindultrie.

Einige politische Meldungen.

Das Ergebnis der Konferenz von Sythe. Eine englische amtliche Mitteilung über die Konferenz in Sythe besagt: Stohd George und Millerand haben sich dahin geeinigt, daß die Konferenz in Spa aufgeschoben wird, bis die Reichstagswahlen statt-